

Parlamentssitzung vom 17. September 2007

Beantwortung 0714

Interpellation SVP betr. aktuelle Finanzsituation der Gemeinde Köniz - keine Steuersenkung ohne klare Grundlagen

Text der Interpellation

"Senkung der Gemeindesteuern" tönt verlockend. Die SVP stemmt sich nicht grundsätzlich gegen niedrigere Steuern für alle. Sie möchte aber, bevor übereilt von einer Steuersenkung die Rede ist, den Gemeinderat bitten, mit der Antwort auf folgende Fragen mehr Transparenz in die Finanzsituation der Gemeinde zu bringen:

1. Wie konnte in den vergangenen Jahren der Aufwand reduziert oder so stabilisiert werden, dass dessen Steigerung geringer ist als die Steigerung der Steuereinnahmen?
2. Welche Faktoren zeigen in welchen Bereichen auf, dass die Gemeinde in den kommenden Jahren mehr Einnahmen als Ausgaben haben wird?
3. Ist der Gemeinderat überzeugt, solche Einnahmeüberschüsse in Zukunft ohne ausserordentliche Erträge erzielen zu können und mit welchen Argumenten begründet er dies?
4. Denkt der Gemeinderat daran, dass wir mit der Sanierung und dem Unterhalt gemeindeeigener Bauten in Verzug sind? Diese Bauten bilden einen nicht unwesentlichen Teil des Kapitals der Gemeinde.

Wie und in welcher Zeit sollen die entstandenen Verzögerungen der Sanierung und Unterhalte der gemeindeeigenen Bauten wettgemacht werden?

Eingereicht am 18. Juni 2007

Ueli Salvisberg, Niklaus Hofer, Elisabeth Rüegsegger, Hans Moser, Christian Burren, Stefan Lehmann, Daniel Krebs (7)

Antwort des Gemeinderates

Die Gemeinde Köniz weist per 1.1.2007 immer noch einen Bilanzfehlbetrag von Fr. 383'450.00 auf. Dieser sollte - gestützt auf den Voranschlag 2007 sowie den bereits vorhandenen Zahlen der Hochrechnung für dieses Rechnungsjahr - mit dem Abschluss der Jahresrechnung per 31.12.2007 abgetragen sein.

Der Gemeinderat ist zuversichtlich, dass per 31.12.2007 ein Eigenkapital in der Grössenordnung von rund 3 Millionen Franken ausgewiesen werden kann.

Wie dem Parlament im Juni 2007 anlässlich den Beantwortungen der Jahresrechnung 2006 mündlich mitgeteilt, wird der Gemeinderat die Finanzstrategie überarbeiten. Dieser Prozess ist notwendig, haben sich doch entscheidende Faktoren/Indikatoren seit 2005 erheblich verändert.

Eine wichtige Grundlage dieser überarbeiteten Finanzstrategie, welche bestimmt zu den in der Interpellation aufgeworfenen Fragen verlässlichere Auskunft geben wird, ist der Finanzplan für die Jahre 2009 - 2012, welcher gleichzeitig mit dem Voranschlag für das Jahr 2008 erarbeitet wird und dem Parlament im November 2007 zur Kenntnis gegeben wird.

Stellungnahme zu den aufgeworfenen Fragen:

Frage 1:

Wie konnte in den vergangenen Jahren der Aufwand reduziert oder so stabilisiert werden, dass dessen Steigerung geringer ist als die Steigerung der Steuereinnahmen?

Antwort:

Die in der Frage versteckte Aussage, wonach die Aufwandsteigerung in den letzten Jahren geringer sei als das Wachstum der Steuereinnahmen, trifft nicht zu. Im Vergleich der Jahre 2002 (1. Jahr nach Einführung des FILAG) mit 2006 sind folgende Steigerungen eingetreten:

Aufwand + 13,11 %

Steuererträge + 12,82 %

Das Aufwandwachstum konnte in den letzten Jahren dank restriktiver Budgetierung und durch verschiedene Massnahmen begrenzt werden:

- Budgetverbesserungen von 4 Millionen Franken im Voranschlag 2006;
- Reduktion der Investitionen zulasten Steuern seit 2002 auf jährlich rund 7 Millionen Franken im Durchschnitt;
- Erarbeitung und Umsetzung des Sanierungspaketes 2007/2008 mit Aufwand- und Ertragsverbesserungen von jährlich rund 2 Millionen Franken;
- Einflussnahme auf den Kanton zur Verhinderung von negativen Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen für die Gemeinde (Verhinderung der Erhöhung der Abgeltung der Zentrumslasten, ausmachend 0,9 Millionen Franken pro Jahr; Verschiebung des Inkrafttretens der Steuergesetzrevision um ein Jahr auf den 1.1.2009, ausmachend 4,4 Millionen Franken im Jahr 2008);
- Reduktion der Passivzinsen durch Stabilisierung der Schulden und durch geschickte Darlehenskonvertierungen.

Frage 2:

Welche Faktoren zeigen in welchen Bereichen auf, dass die Gemeinde in den kommenden Jahren mehr Einnahmen als Ausgaben haben wird?

Antwort:

Verschiedene Faktoren weisen auf einen positiven Trend hin:

- die allgemein gute Konjunktur- und Wirtschaftslage bewirkt, dass sich die Steuereinnahmen von natürlichen und juristischen Personen für den Gemeindehaushalt erfreulich entwickeln;
- der bereits im Rechnungsjahr 2006 gegenüber dem Budget um 2,1 Millionen Franken verbesserte Steuerertrag;
- Wegfall des Bilanzfehlbetrages bis Ende 2007. Damit entfällt der jährliche Abschreibungsbedarf für diese Bilanzfehlbeträge;
- der Zuzug verschiedener neuer Unternehmen in die Gemeinde;
- das Anwachsen der Arbeitsplätze in Köniz von rund 15'000 auf rund 18'000 innert wenigen Jahren;
- das leichte Wachstum der Einwohnerzahl und die rege Bautätigkeit in der Gemeinde;
- die Stabilisierung der Fallzahlen und Ausgaben in der Sozialhilfe
- die verschiedenen Bauprojekte auf Gemeindeland (insbesondere Hertensbrünnen und alte Migros), die zu Mehreinnahmen aus Baurechtszinsen führen werden

Für den Gemeinderat ist es jedoch sehr schwierig zu beurteilen, wie sich die Ausgaben des Transferbereiches (Abgaben an den Kanton) weiter entwickeln. Die halbjährlich zur Verfügung gestellten Finanzplanzahlen des Kantons zeigen weiterhin Zunahmen auf den verschiedensten Gebieten.

Frage 3:

Ist der Gemeinderat überzeugt, solche Einnahmenüberschüsse in Zukunft ohne ausserordentliche Erträge erzielen zu können und mit welchen Argumenten begründet er dies?

Antwort:

Der Gemeinderat geht aufgrund der heute vorhandenen Erkenntnisse davon aus, dass in den nächsten Jahren keine ausserordentlichen Erträge mehr erzielt werden müssen, um ausgeglichene Rechnungsergebnisse zu erzielen. Dies hängt indessen vom positiven Verlauf verschiedener Einflussfaktoren ab, insbesondere von der Entwicklung der Konjunkturlage und davon, dass die von Bund und vom Kanton gesetzten Rahmenbedingungen für die Gemeinde nicht negativ verändert werden. Die Vergangenheitsbetrachtung zeigt im Übrigen, dass die Gemeinde seit vielen Jahren immer wieder Erträge und Bilanzgewinne aus Landgeschäften erzielt und mit derartigen Einnahmen weiterhin gerechnet werden kann, wenn die strategische Bodenpolitik der Gemeinde weitergeführt wird. Grössere Parzellen werden seit 2005 grundsätzlich nur noch im Baurecht abgegeben, so dass derartige Landgeschäfte fortan wiederkehrende Erträge generieren werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Gemeinderat bestrebt ist, die Rechnungsergebnisse auch ohne so genannte ausserordentliche Erträge ausgeglichen abzuschliessen. Eine verbindliche Prognose abzugeben, ob dies in der Zukunft auch immer gelingt, ist im heutigen Zeitpunkt nicht möglich.

Frage 4:

Denkt der Gemeinderat daran, dass wir mit der Sanierung und dem Unterhalt gemeindeeigener Bauten in Verzug sind? Diese Bauten bilden einen nicht unwesentlichen Teil des Kapitals der Gemeinde.

Wie und in welcher Zeit sollen die entstandenen Verzögerungen der Sanierung und Unterhalte der gemeindeeigenen Bauten wettgemacht werden?

Antwort:

In den vergangenen 5 Jahren hat der Gemeinderat die vordringliche Aufgabe gehabt, den Bilanzfehlbetrag zu eliminieren. Es ist korrekt, wenn festgestellt wird, dass die Kredite für den Unterhalt von gemeindeeigenen Bauten in dieser Zeit nicht erhöht wurden. Der bauliche Zustand dieser Bauten darf mit Ausnahme einzelner Objekte im Allgemeinen als ordentlich bezeichnet werden.

Dass in gewissen Bereichen - trotz diverser Neuinvestitionen in den vergangenen Jahren - auch künftig Unterhalts- und Sanierungsarbeiten anstehen, ist ein normaler Prozess.

Die aktuellen Finanzkennziffern "Selbstfinanzierungsanteil" und "Investitionsanteil" weisen darauf hin, dass das Investitionsvolumen der Gemeinde derzeit eher unter dem Durchschnitt liegt; dies betrifft vor allem die Investitionen in die steuerfinanzierte Infrastruktur. Bei der spezialfinanzierenden Infrastruktur werden ausreichende bis überdurchschnittlich hohe Investitionen getätigt. Der Gemeinderat hat dies erkannt und er wird im Voranschlag 2008 ein moderates Wachstum der Nettoinvestitionen bei der steuerfinanziellen Infrastruktur zulassen, um Sanierung und Unterhalt gemeindeeigener Bauten nicht zu vernachlässigen. Der zweite Teil der Frage kann heute noch nicht beantwortet werden. Die Fragestellung bildet Gegenstand der Abklärungen rund um die aktualisierte Finanzstrategie, die gegenwärtig erarbeitet wird.

Köniz, 15. August 2007

Der Gemeinderat